

Eine der zentralen Aufgaben des Staates ist es, gleiche Rahmenbedingungen für seine Bürgerinnen und Bürger sowohl bei den vom Staat befolgten Prozessen – Verfahrensgerechtigkeit – als auch bei den erzielten Ergebnissen – Verteilungsgerechtigkeit – zu schaffen. Ein wichtiges Element der Verteilungsgerechtigkeit ist es, Einkommensunterschiede insoweit zuzulassen, als sie Leistung anerkennen und belohnen, und zu akzeptieren, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichem Maße zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand beitragen. Gleichzeitig sollten die Regierungen eine Minimierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schadens anstreben, der durch Ungleichheit entstehen kann, und den gesellschaftlichen Konsens berücksichtigen. Diese doppelte Zielsetzung hat die Verringerung von Einkommensungleichheiten durch progressive Besteuerung und Einsatz monetärer Transferleistungen (z.B. Renten, Arbeitslosenversicherung) zur Folge.

Seit den 1980er Jahren hat sich das Einkommensgefälle zwischen Armen und Reichen in der Mehrzahl der OECD-Mitgliedsländer ausgeweitet (OECD, 2011, *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*). Dies zeigt, dass die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums nicht allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugute kommen. Globalisierung, technologischer Fortschritt sowie regulatorische und institutionelle Reformen gelten als Haupttriebfedern zunehmender Einkommensungleichheiten. Die globale Wirtschaftskrise verstärkte diese Entwicklungen weiter, da sie sich unterschiedlich stark auf verschiedene Bevölkerungsgruppen auswirkte; die Hauptlast der Krise wurde von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten getragen.

Die meisten OECD-Länder haben eine Reihe von Politikmaßnahmen verabschiedet, um die Einkommensungleichheit in der Gesellschaft und deren langfristige Kosten für die Wirtschaftsentwicklung zu reduzieren. Die sozialen Sicherungssysteme haben dank einer Kombination monetärer Transferleistungen und progressiver Einkommensbesteuerung Wirkung gezeigt. Zusätzlich wurden spezielle Konjunkturpakete zur Ankurbelung der Nachfrage und zur Unterstützung ärmerer Haushalte geschürt, um so die Auswirkungen der Krise abzufedern. Diese Maßnahmen waren darauf ausgerichtet, der Einkommensungleichheit durch eine Umverteilung von Einkommen zwischen Reichen und Armen zu begegnen, kombiniert mit einer Umverteilung zwischen den Generationen zur Unterstützung bedürftigerer Altersgruppen.

Der Gini-Koeffizient gilt als wichtigster Indikator für den Grad der Einkommensungleichheit eines Landes. Der Einfluss des sozialen Sicherungssystems, das von den Zentralregierungen durch Transferleistungen und Steuern umgesetzt wird, kann durch einen Vergleich der Koeffizienten vor und nach Steuern und Transferzahlungen gemessen werden. Bei Betrachtung einer Mehrheit der OECD-Länder zeigt sich, dass sich im Durchschnitt die Größenordnung der Einkommensungleichheit vor Steuern zwischen 2005 und 2010 nicht verändert hat (0,47). Allerdings war in einigen Ländern, wie z.B. Irland, in den letzten fünf Jahren ein kontinuierlicher Anstieg der Ungleichheit vor Steuern und Transferzahlungen zu beobachten. In diesen Fällen erwiesen sich die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen als besonders wichtig – sie bewirkten eine Verringerung des Gini-Koeffizienten um rd. 0,26 (verglichen mit einer durchschnittlichen Verringerung von 0,16). Chile dagegen verzeichnete in beiden Jahren die geringste Umverteilung; der Effekt der Umverteilung auf den Gini-Index betrug lediglich 0,02. Im Übrigen scheinen alle Länder an einem progressiven Einkommensteuersystem festzuhalten, wobei Polen und Chile weniger unterschiedliche Steuersätze haben als Irland.

Methodik und Definitionen

Der Wert des Gini-Koeffizienten liegt zwischen 0 – bei vollkommener Gleichverteilung der Einkommen – und 1 – in diesem Fall hätte die reichste Person das gesamte Einkommen. Die Unterschiede zwischen den Ärmsten und den Reichsten werden als das Verhältnis des durchschnittlichen Einkommens der untersten 10% zum durchschnittlichen Einkommen der obersten 10% errechnet. Die Umverteilung wird gemessen, indem man die Gini-Koeffizienten für das Markteinkommen (d.h. das Bruttoeinkommen vor öffentlichen Transferzahlungen und Steuern) und für das verfügbare Einkommen (d.h. nach Transferzahlungen und Steuern) vergleicht. Die Definition des verfügbaren Haushaltseinkommens berücksichtigt keine nichtmonetären Transferleistungen (Sachleistungen). Die Daten stammen aus der *OECD Income Distribution Database*. Die in dieser Datenbank erfassten Informationen werden durch ein Netz nationaler Datenlieferanten erhoben, um die Entwicklung der einzelnen Länder im Hinblick auf die Einkommensungleichheit vergleichen zu können.

Bei den Steuerdaten, die aus dem OECD-Bericht *Taxing Wages* stammen, wurden die für das jeweilige Steuerjahr geltenden Steuersätze angewandt. In Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich entspricht das Steuerjahr nicht dem Kalenderjahr. Die Daten zeigen den Unterschied zwischen den Steuersätzen für einen Alleinstehenden ohne wirtschaftlich abhängige Familienangehörige, der 67% des Durchschnittsverdiensts verdient, und einen Alleinstehenden ohne wirtschaftlich abhängige Familienangehörige, der 167% des Durchschnittsverdiensts bezieht. Die durchschnittlichen Steuersätze werden als Prozentsatz des Bruttoerwerbseinkommens ausgedrückt. Der Durchschnittsverdienst misst den durchschnittlichen Jahresbruttoverdienst erwachsener Vollzeitbeschäftigter Arbeiter und Angestellter in der Industrie.

Weitere Informationen

OECD (2013), *Taxing Wages 2013*, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/tax_wages-2013-en.

OECD (2011), *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en>.

Anmerkungen zu den Abbildungen

2.3: Für Mexiko, die Türkei und Ungarn stehen keine Daten zur Verfügung. Für die Schweiz stehen keine Daten für das Jahr 2005 zur Verfügung. 2005: Die Daten für Australien, Deutschland, Finnland, Italien, Norwegen und Schweden beziehen sich auf 2004. Die Daten für Chile, Japan und Korea beziehen sich auf 2006. Die Daten für Neuseeland beziehen sich auf 2003. 2010: Die Daten für Chile, Irland, Japan, Neuseeland und die Schweiz beziehen sich auf 2009.

2.4: Die Lohndaten für die Türkei beruhen auf der alten Definition des Durchschnittsarbeiters (ISIC D, Rev. 3). Die Daten beziehen sich auf die Einkommensteuern zuzüglich Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung (in % des Bruttoerwerbseinkommens). In Chile ist der Durchschnittsverdienst von der Einkommensteuer befreit, so dass die Einkommensteuer nur geringen Einfluss auf das Gesamtsteueraufkommen hat.

Hinweis zu den Daten für Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

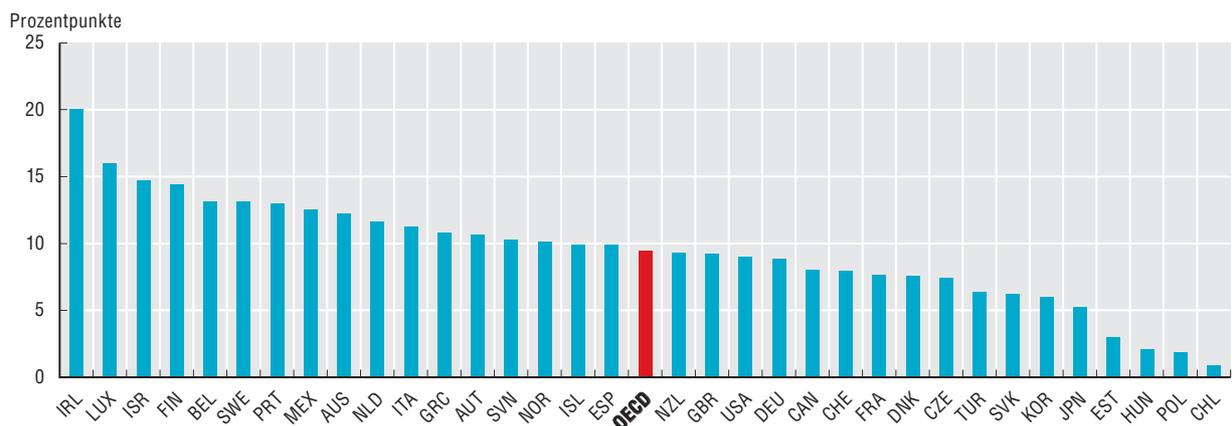
2.3. Differenz zwischen der Einkommensungleichheit vor und nach Steuern und staatlichen Transferzahlungen (2005 und 2010)



Quelle: OECD Income Distribution Database, www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940949>

2.4. Differenz zwischen den durchschnittlichen Einkommensteuersätzen für Alleinstehende (ohne wirtschaftlich abhängige Angehörige) mit einem Verdienst von 167% und 67% des Durchschnittsverdiensts (2012)



Quelle: OECD (2013), Taxing Wages 2013, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/tax_wages-2013-en.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940968>



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Ausgewählte Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Gerechtigkeit", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-8-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.